

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 4. August 2016 – 10/2016

Die NATO im Wandel

Neujustierung der Kernelemente des Strategischen Konzepts

Reinhard Meier-Walser /// Nach der Überwindung ihrer „Sinnkrise“ im Zuge des Ukraine-Konflikts steht die NATO vor einer mehrdimensionalen Herausforderung: Zum einen muss sie dem insbesondere aus Sicht ihrer osteuropäischen Mitglieder akut gestiegenen Bedarf an gegenseitigen Beistandsleistungen im Sinne kollektiver Verteidigung und Abschreckung Rechnung tragen und gleichzeitig durch Signale der Dialogbereitschaft die Tür nach Moskau offen halten, um das Fernziel einer Partnerschaft mit Russland zumindest nicht völlig aus den Augen zu verlieren. Daneben steht die Allianz vor der Notwendigkeit, die durch die Ukraine-Krise in den Hintergrund gerückten anderen beiden Kernelemente ihres „Strategischen Konzepts“ (Kooperative Sicherheit und Krisenmanagement), wieder zu berücksichtigen, um ihrem hohen Anspruch als „essenzielle Quelle der Stabilität“ in einer Welt voller Krisen und Konflikte gerecht zu werden. ///

Die NATO im Wandel

Neujustierung der Kernelemente des Strategischen Konzepts

Reinhard Meier-Walser

Rückblick: Der Bedeutungswandel der NATO seit der Auflösung der Sowjetunion

Gegründet im Jahre 1949 als Ausdruck gemeinsamer Bedrohungen demokratisch-pluralistischer Staaten gegenüber der Sowjetunion, hatte die NATO in den Worten ihres ersten Generalsekretärs Baron Ismay die Aufgabe, „to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down“. Für die Bundesrepublik drehte sich die ihr zugedachte Funktion insofern rasch ins Gegenteil, als sie durch ihre Aufnahme in die NATO im Jahre 1955 eine Integration in das Sicherheitssystem des demokratischen Westens erfuhr, nachdem das Projekt einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft zuvor in der französischen Nationalversammlung gescheitert war. Gleichzeitig bot die Allianz ihren europäischen Mitgliedern eine sicherheitspolitische „Versicherung“ gegenüber der UdSSR, zumal im Zeitalter der Ost-West-Konfrontation niemand ernsthaft daran zweifeln konnte, dass der Artikel 5 des NATO-Vertrages (gegenseitige Beistandsverpflichtung) allein dem Zweck der nuklearen Schutzgarantie durch die NATO-Führungsmacht USA dienen sollte.

Es gehört allerdings zu den Ironien der internationalen Beziehungen, dass dem Ende des Kalten Krieges, das mit der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes einherging, keine Ära transatlantischer Harmonie, sondern eine Phase ebenso kritischer wie schwieriger Dialoge der Bündnispartner diesseits und jenseits des Atlantiks folgte, die das „Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit“ (Werner Weidenfeld) einläutete und mit der manche Beobachter gar ein „Siechtum der Allianz“ (Lothar Rühl) verbanden.¹

Nach der Überwindung der Blockkonfrontation prophezeiten sowohl amerikanische als auch europäische Analytiker mit dem Hinweis auf den historisch belegten Zusammenhang zwischen dem Sieg einer Allianz und ihrem anschließenden Zerfall, dass zumindest langfristig sogar mit einer Auflösung der NATO zu rechnen sei. Tatsächlich belegt ein Blick in die Geschichte der internationalen Politik, dass es in den vergangenen Jahrhunderten zahlreiche Beispiele dafür (aber kein einziges dagegen) gibt, dass Bündnisse zwischen Staaten zerfielen, nachdem die gemeinsame Bedrohung, derentwegen sie sich formiert hatten, beseitigt bzw. das gemeinsame Ziel der Koalitionspartner erreicht worden war.²

Umso erstaunlicher wirkt vor diesem Hintergrund die Tatsache, dass es der NATO im Laufe des ersten Jahrzehntes nach dem Ende des Kalten Krieges trotz des Verlustes des gemeinsamen Feindbildes nicht nur gelang, ihren Fortbestand zu sichern, sondern dass sie die existenziell bedeutsame Herausforderung der Suche nach einer neuen, die Partnerschaft tragenden Existenzberechtigung durch ihre systematische Transformation von einem Bündnis kollektiver Verteidigung zu einem Bündnis der kollektiven Sicherheit konstruktiv begann. Gleichzeitig stellte sie sich der gewaltigen Aufgabe ihrer (Ost-)Erweiterung sowie der langfristigen Neubewertung ihrer Beziehungen zu Russland und bewies bei ihren Einsätzen in Bosnien und im Kosovo ihre militärische Funktionsfähigkeit.

„Koalition der Willigen“ statt institutionalisierter Sicherheitskooperation

Vor diesem Hintergrund der Entwicklung des Bündnisses in den 1990er-Jahren hätte man erwarten können, dass eine neue, auf beiden Seiten des Atlantiks gemeinsam erkannte Bedrohung der Wertegemeinschaft der westlichen Zivilisation, wie sie die Terrorattacken vom 11. September 2001 darstellten, der atlantischen Allianz als Instrument der Verteidigung der pluralistischen Demokratien gegen Angriffe von außen neue Dynamik und zusätzliche Relevanz verschaffen würde.³ Tatsächlich erklärte die NATO wenige Tage nach dem 11. September zum ersten Mal seit ihrer Gründung feierlich den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages. Danach wurde es allerdings ruhig um Brüssel. Die NATO wurde von Washington de facto aufs Abstellgleis bugsiert und die USA schmiedeten sich ihr Anti-Al-Qaida-Bündnis selbst – auf bilateraler Basis, unter Vernachlässigung etablierter Bündnisstrukturen und getreu der neuen Devise des Pentagon, wonach die Mission das Bündnis bestimme und nicht umgekehrt. Dabei banden die außen- und sicherheitspolitischen Strategen in Washington in ihr „coalition of the willing“ genanntes „Konzert der Mächte“ gegen den internationalen staatenlosen Terrorismus neben traditionellen europäischen Sicherheitspartnern auch „neue“ Mitstreiter ein, darunter Russland, China und Pakistan.⁴

Die Relativierung der NATO, dem vormals sozusagen „obligatorischen“ Sicherheits- und Verteidigungsinstrument der Atlantischen Gemeinschaft, zugunsten ad hoc zusammengestellter „Koalitionen der Willigen“ durch die USA irritierte Washingtons europäische Partner und mündete in eine Sinnkrise des Bündnisses, die durch die transatlantischen Zerwürfnisse im Zuge des in Europa heftig umstrittenen Irakkrieges im Jahre 2003 noch zusätzlich verschärft wurde. Die NATO, so die damalige Diagnose einschlägiger Experten, verkümmere zu einem „transatlantischen Freundschaftspakt von Gleichgesinnten“ (Josef Joffe), einer „OSZE mit militärischem Anstrich“ (Katja Ridderbusch) oder gar einem „gehobenen Schützenverein“ (Nikolaus Busse). Christoph Bertram, damals Direktor des außenpolitischen Thinktanks „Stiftung Wissenschaft und Politik“, prognostizierte im Jahre 2004 sogar ihren vollständigen „Zerfall“.⁵

Der bündnispolitische Kurswechsel der Bush-Administration rief eine Formel in Erinnerung, die Lord Palmerston, der große britische Diplomat und Staatsmann, der zwischen 1832 und 1852 sowohl unter Tory- als auch Whig-Premiers diente und 1855 selbst Chef der Regierung

Königin Viktorias wurde, prägte: Staaten, so Palmerstons im historischen Vergleich internationaler Konstellationen gewonnene Erkenntnis, besäßen keine ewigen Verbündeten, sondern lediglich ewige Interessen.⁶ Gleichzeitig reflektierte dieser Kurswechsel aber auch die nicht unberechtigte Sorge der USA über einen wachsenden „capability gap“ innerhalb des Bündnisses infolge zum Teil drastisch sinkender Verteidigungsausgaben auf Seiten der europäischen Bündnispartner. Während die USA, so die Kritik der Transatlantik-Expertin Helga Haftendorn von der Freien Universität Berlin, „im Begriff waren, ihre Streitkräfte neuen Anforderungen anzupassen und mit elektronischen Waffensystemen auszurüsten, hatten die Europäer die militärtechnologische Revolution weitgehend verschlafen beziehungsweise waren nicht bereit, die dafür erforderlichen Finanzmittel aufzubringen“⁷.

Daneben müssen die Erfahrungen der USA während des Kosovo-Krieges im Frühjahr 1999 berücksichtigt werden. Damals hatten die europäischen NATO-Staaten ein hohes Maß an Mitsprache und Abstimmung gefordert, was den USA wegen des damit verbundenen Zeitaufwandes als überflüssig erschien („war by committee“) und was sie „angesichts der begrenzten militärischen Kräfte der Europäer für wenig gerechtfertigt hielten“⁸. US-General Wesley Clark, von 1997 bis 2000 Supreme Allied Commander Europe (SACEUR), erinnerte sich später, dass während der Kosovo-Krise die notwendigen Abstimmungen im Kreise der 19 NATO-Staaten mühsam und Entscheidungen nur schwierig zu erreichen waren.⁹ Washingtons Schlussfolgerung war folglich, „no more war by committee“.

Die Revitalisierung der NATO im Zuge der Ukraine-Krise

Nach dem Abtreten der Hauptantagonisten in der Irak-Krise (Präsident Bush auf amerikanischer, Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder auf europäischer Seite) konnten die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen allmählich wieder verbessert werden. Bushs Nachfolger Obama korrigierte den Unilateralismus seines Vorgängers und versicherte den Verbündeten Washingtons stärkere Einbindung im Zuge seines Ansatzes eines außenpolitischen Multilateralismus. Bundeskanzlerin Merkel wiederum revidierte Gerhard Schröders Kurs der Äquidistanz Berlins zwischen Paris und Moskau zugunsten der noch auf Konrad Adenauer zurückgehenden Maxime, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Beziehungen zu Paris und Washington gleichrangig zu beachten habe. Und Paris selbst setzte ein deutliches Zeichen zugunsten transatlantischer Kooperation, indem Chiracs Nachfolger Nicolas Sarkozy im April 2009 die Rückkehr Frankreichs in die militärische Kommandostruktur der NATO vollzog.¹⁰

Vor diesem Hintergrund konnte die NATO auf ihrem Gipfeltreffen im November 2010 in Lissabon ein neues Strategisches Konzept (das vorige datierte aus dem Jahre 1999) verabschieden, das drei gleichrangige „essenzielle Kernaufgaben“ des Bündnisses formulierte: erstens „Kollektive Verteidigung“ gemäß Art. 5 des Washingtoner Vertrages, zweitens „Krisenmanagement“ bzw. Krisenintervention außerhalb des Bündnisgebietes und drittens „Kooperative Sicherheit“ durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen, darunter Abrüstung, Rüstungskontrolle, Partnerschaften und die Erweiterung des Bündnisgebietes.¹¹

Der Gipfel von Lissabon fiel allerdings in eine Phase, in der die Hoffnung auf eine strategische Partnerschaft mit Moskau, von der in der NATO-Russland-Grundakte von 1997 noch die Rede war, längst der Sorge um eine neue Konfrontation gewichen war. Bereits Anfang des Jahres 2007 hatte der russische Präsident Wladimir Putin in einer scharfen Brandrede auf der Münchner Sicherheitskonferenz die NATO-Osterweiterung und das geplante US-Raketenabwehrsystem in Osteuropa gegeißelt und vor einem neuen Wettrüsten gewarnt. Obwohl zwei Jahre später US-Außenministerin Hillary Clinton und ihr russischer Amtskollege Sergej Lawrow mit einer symbolischen „Reset“-Geste den Willen zu einem unbefangenen Neustart in den amerikanisch-russischen Beziehungen bekundeten, blieben die Beziehungen zwischen Moskau und Washington sowie generell zwischen Moskau und dem westlichen Bündnis angespannt.

Zu einer geradezu dramatischen Verschlechterung dieser Beziehungen führten schließlich die Eskalation der Ukraine-Krise und die Annexion der Krim durch Russland im März 2014. Diese Krise und die damit einhergehende Verschärfung der Spannungen mit Moskau bewirkten signifikante Veränderungen innerhalb der NATO und führten das Bündnis gleichzeitig in eine ambivalente Situation. Einerseits offenbart sich das Paradox, dass die häufig konstatierte Sinnkrise des Bündnisses seit dem Ende der Sowjetunion und des Warschauer Paktes ausgerechnet durch den aggressiven, völkerrechtswidrigen Kurs Moskaus (zumindest auf absehbare Zeit) überwunden werden konnte und insofern „mancher die Ukraine-Krise als eine Art Frischzellenkur für die NATO“¹² sehen könnte. Andererseits hat die Kombination der Ukraine-Krise mit den ernüchternden Erfahrungen der NATO aus ihrem Auslandseinsatz in Afghanistan einen Wandel des westlichen Bündnisses herbeigeführt, der in einer graduellen Gewichtungänderung der Kernelemente des Strategischen Konzepts Ausdruck fand.

Zwar wurden die drei „core tasks“ des Strategischen Konzepts auf dem NATO-Gipfel, der Anfang September 2014 in Newport, Wales, stattfand, erneut hervorgehoben. Die ursprüngliche Gleichrangigkeit der drei Kernfunktionen wich allerdings einer deutlichen Prioritätenverschiebung zugunsten der „klassischen“ sicherheitspolitischen Aufgabe der Kollektiven Verteidigung. Während der ursprünglichen Tagungsagenda zufolge primär die Zukunft der NATO nach dem Ende der Afghanistan-Mission erörtert werden sollte, stand schließlich vor allem die Frage nach den Konsequenzen der Ukraine-Krise für das Bündnis im Mittelpunkt des Gipfeltreffens.¹³ Die 22-seitige Abschlusserklärung enthält in ihren insgesamt 113 Paragraphen nahezu ausschließlich Fragen und Problemstellungen, die unmittelbar oder zumindest im weiteren Sinne mit der Zuspitzung der Situation in Osteuropa zusammenhängen.

Die NATO nach Warschau: Von der Identitäts- zur Glaubwürdigkeitskrise?

Die Situation auf dem jüngsten Gipfel der NATO Anfang Juli 2016 in Warschau ähnelte derjenigen beim Spitzen-Treffen in Wales. Wie bereits vor zwei Jahren bestimmte das Verhältnis der NATO zu Russland auch heuer wieder die Tagesordnung der Staats- und Regierungschefs, wenngleich in der polnischen Hauptstadt auch über die Ausweitung von NATO-Aktivitäten im Mittleren Osten und in Nordafrika gesprochen wurde.¹⁴

Als wichtigste Entscheidung des Gipfels gilt die Stationierung „robuster multinationaler Truppenverbände“ der NATO in Polen und den drei baltischen Staaten zu Beginn des Jahres 2017. Um die NATO-Russland-Grundakte aus dem Jahre 1997 nicht zu verletzen, sollen die jeweils in Bataillonsstärke mit ca. 1.000 Soldaten zusammengesetzten Kontingente der „Rahmen-Nationen“ USA, Großbritannien, Kanada und Deutschland auf Rotationsbasis stationiert werden.¹⁵

Was die angestrebte Verstärkung der NATO im Mittelmeerraum anbetrifft, so wurde eine engere Verzahnung mit den Operationen der Europäischen Union beschlossen. Im Mittelpunkt steht neben der Zusammenarbeit mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex dabei die Kooperation mit der EU-Marinemission „Sophia“ vor der Küste Libyens, deren Ziel neben Seenotrettung die Bekämpfung von Menschenhandel und Waffenschmuggel für die Terrormiliz des sog. „Islamischen Staates“ (IS) ist.¹⁶

Daneben wurde ein stärkeres Engagement der NATO zur Deeskalation der Bürgerkriege in Syrien und im Irak vereinbart. Von Anfang Januar 2017 an wird die Allianz irakische Sicherheitskräfte auch in deren Heimatland ausbilden. Außerdem sollen bereits im Herbst 2016 AWACS-Flugzeuge vom türkischen und internationalen Luftraum aus Überwachungsflüge durchführen, um „Erkenntnisse für den Kampf gegen die Terrormiliz“ IS in Syrien und im Irak zu gewinnen.“¹⁷ Die Staats- und Regierungschefs der NATO betonten im Schlusskommuniqué des Warschauer Gipfels, sie wollten durch diese Schritte dazu beitragen, den sicherheitspolitischen Herausforderungen der Region, insbesondere dem Terrorismus, intensiver und erfolgreicher als bisher zu begegnen. Sie schränkten die Rolle der NATO gleichzeitig aber erheblich ein, indem sie explizit betonten, dass die NATO durch diese Unterstützungsmaßnahmen nicht Mitglied der von den USA geführten Globalen Allianz gegen den IS werde.¹⁸

Diese Relativierung ihrer eigenen Rolle bei der Terrorbekämpfung im Mittleren Osten ist charakteristisch für die gegenwärtige Kernproblematik der NATO, die darin besteht, dass innerhalb der Allianz ein Konsens hinsichtlich der drängendsten Herausforderungen, mit denen das Bündnis konfrontiert ist, nur äußerst schwierig zu erreichen scheint. Geradezu bezeichnend ist in diesem Sinne, dass nach Ende des Warschauer Gipfels eine ganze Reihe von Beobachtern betonten, ein deutliches Signal dieses Treffens sei die demonstrative Geschlossenheit der Allianz gewesen – eine Geschlossenheit, die für diese Beobachter die Anwesenheit aller beteiligten Staats- und Regierungschefs beim traditionellen „Familienphoto“ symbolisierte.¹⁹ Wenn jedoch die Gipfel-Entscheidungen im Einzelnen zum Maßstab von „Geschlossenheit“ gemacht werden, so muten sie eher als ambivalente Signale an. Und wenn gar die Konsensfindung als Messlatte für „Entschlossenheit“ erwogen wird, präsentiert sich die NATO noch weniger kohärent. „Die Konsensfindung innerhalb der Allianz verläuft so zäh und mit so vielen Nebengeräuschen, dass von einem Bild der Einheit keine Rede sein kann.“²⁰ Die NATO mag ihre Identitätskrise überwunden haben, aber steckt sie nun, wie die Neue Zürcher Zeitung mutmaßt, in einer „Glaubwürdigkeitskrise“?

Fest steht, dass die NATO mit einem Bündel von komplexen Herausforderungen konfrontiert ist und die Glaubwürdigkeit der Allianz daran gemessen werden wird, wie sie auf diese Herausforderungen reagiert.

Erstens stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie die NATO die angesichts der Ukraine-Krise in den Hintergrund gerückten beiden anderen „gleichrangigen“ Kernfunktionen ihres Strategischen Konzepts wieder stärker berücksichtigen kann, um ihrem hohen Anspruch („Aktives Engagement, moderne Verteidigung“) als „essenzielle Quelle der Stabilität“²¹ in einer Welt voller Krisen und Konflikte gerecht zu werden.

Zweitens steht die NATO vor der Notwendigkeit, dem infolge der Ukraine-Krise (insbesondere bei ihren osteuropäischen Mitgliedern) akut gewachsenen Bedarf an gegenseitigen Beistandsleistungen im Sinne kollektiver Verteidigung und Abschreckung angemessen Rechnung zu tragen.

Damit ist drittens aber die in der gegenwärtigen Situation zweifellos heikelste Aufgabe untrennbar verknüpft: die Frage der Strategie der NATO gegenüber Russland. In Warschau hat die NATO sich für eine Doppelstrategie von „Abschreckung und Dialog“ entschieden – ein Schritt der deutlich an einen Strategiewandel des Bündnisses in den 1960er-Jahren erinnert:²² Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass angesichts der nuklearen Kapazitäten der Sowjetunion eine Strategie der „massiven Vergeltung“ kaum noch glaubwürdig war, hatte der belgische Außenminister Pierre Harmel gegen Ende des Jahres 1967 für einen Strategiewandel der NATO plädiert. Diesem sogenannten „Harmel-Bericht“ zufolge, der ein Jahr später in die Formulierung der Strategie der „flexiblen Antwort“ mündete, sollte die NATO sich auf zwei sich gegenseitig ergänzende Kernfunktionen (gegenüber der UdSSR und dem Warschauer Pakt) konzentrieren: einerseits Abschreckung durch Betonung militärischer Stärke und Verteidigungsbereitschaft, andererseits Entspannung durch Signale der Dialogbereitschaft.

Wie bereits im Zuge der damaligen Diskussion des „Harmel-Berichts“ würde auch jüngst in NATO-Kreisen wiederholt betont, dass „Abschreckung“ und „Dialog“ keine Gegensätze darstellten, sondern sich sogar gegenseitig ergänzen und bedingen würden. Vor allem, so der Tenor der NATO-Experten einer von der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung unmittelbar nach dem Warschauer Gipfel veranstalteten Fachtagung in München, dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass innerhalb der NATO „einige auf Abschreckung setzen und andere auf Dialog“. Weitgehend einig ist man sich in der Überlegung, dass der russische Präsident Putin „so weit geht, wie man ihn ungehindert gehen lässt“. Einigkeit herrscht auch darüber, dass, wie eine Studie der RAND Corporation vor kurzem eindeutig bestätigte, unter den gegebenen Umständen „NATO cannot successfully defend the territory of its most exposed members“ – gemeint sind hier insbesondere Estland und Lettland, deren Hauptstädte Tallin bzw. Riga die russische Armee in höchstens 60 Stunden erreichen könnte.²³ Die RAND-Studie geht aber gleichzeitig davon aus, dass mit einem relativ moderaten Aufwand von sieben, davon drei schwer bewaffneten Brigaden, die NATO die Schwelle für einen „rapid overrun of the Baltic states“ zumindest sehr hoch setzen könnte.²⁴ Insofern ist auch die beschlossene Stationierung rotierender multinationaler Truppenverbände in den drei baltischen Staaten und in Polen zusammen mit der 5.000 Mann starken „Very High Readiness Joint Task Force“, der „Speerspitze“ der Schnellen Eingreiftruppe der NATO, als ein charakteristisches Signal im Sinne der Doppelstrategie „Abschreckung und Dialog“ zu sehen.²⁵ Einerseits soll den NATO-Verbün-

deten an der Grenze zu Russland ein deutliches Zeichen der Solidarität gesendet und gleichzeitig durch eine Kombination militärisch-materieller Maßnahmen und politisch-symbolischer Gesten ein „Stolperdraht“ für Russland gezogen werden.²⁶ Andererseits setzt die NATO auf De-Eskalation, indem sie an mehreren Stellen ihrer Schlusserklärung des Warschauer Gipfels ihre grundlegenden Ziele wie Freiheit, Frieden und Sicherheit unterstreicht und explizit sogar das nach wie vor vorhandene Interesse an einer „Partnerschaft zwischen der NATO und Russland“ betont.²⁷ Wie Moskau auf die neue Linie der NATO „Abschreckung und Dialog“ reagiert, lässt sich noch nicht absehen. Auch deshalb befindet sich, so die Schlussfolgerung der erwähnten Expertenrunde der Hanns-Seidel-Stiftung, die NATO gegenwärtig in einer „Übergangsphase“, in der beobachtet würde, ob das, was in Warschau beschlossen wurde, ausreicht, „um Russland zu stoppen“.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Meier-Walser, Reinhard: Weltpolitischer Umbruch und transatlantische Partnerschaft, in: Transatlantische Partnerschaft. Perspektiven der amerikanisch-europäischen Beziehungen, hrsg. von Demselben, München 1997, S. 9-27.
- ² Vgl. exemplarisch etwa den Zerfall der österreichisch-englischen Allianz, besiegelt durch den Frieden von Utrecht 1713, das Ende der österreichisch-englischen Allianz nach dem Frieden von Aachen 1748 (mit dem daraus folgenden „renversement des alliances“), das Auseinanderbrechen des für den dänischen Krieg von 1864 geschaffenen preußisch-österreichischen Bündnisses im Jahre 1866, den Rückzug der Vereinigten Staaten von Amerika aus der europäischen Politik nach 1918 und den Zerfall der amerikanisch-sowjetischen Allianz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Dazu grundsätzlich Ikenberry, G. John: After victory. Institutions, strategic restraint, and the rebuilding of order after major wars, Princeton 2001; Wolf, Reinhard: Partnerschaft oder Rivalität. Sicherheitsbeziehungen zwischen Siegermächten, Baden-Baden 2001.
- ³ Vgl. Meier-Walser, Reinhard: Was wird aus der NATO?, in: Politische Studien 381/2002, S. 5-7.
- ⁴ Vgl. ebd., S. 6-7.
- ⁵ Bertram, Christoph: Ob Bush, ob Kerry – die NATO verfällt. Kaum ein Bündnisstaat identifiziert das Bündnis noch mit zentralen Interessen, in: Die Welt, 2.8.2004.
- ⁶ Vgl. Thomson, James: US interests and the fate of the Alliance, in: Survival 4/2003-04, S. 206-219, hier S. 206.
- ⁷ Haftendorn, Helga: Das Atlantische Bündnis in der Krise, in: Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2002, Bd. 2, hrsg. von Erich Reiter, Hamburg u. a. 2002, S. 75-86, hier S. 79.
- ⁸ Ebd.
- ⁹ Vgl. Clark, Wesley K.: Waging modern war. Bosnia, Kosovo, and the future of combat, New York 2001, S. 450.
- ¹⁰ Unter Staatspräsident De Gaulle hatte Frankreich im Juli 1966 die integrierte Militärstruktur der NATO verlassen.
- ¹¹ Active Engagement, Modern Defence. Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organization. Adopted by Heads of State and Government at the NATO Summit in Lisbon, 19-20 November 2010.
- ¹² Kamp, Karl-Heinz: Zehn strategische Konsequenzen aus der Ukraine-Krise, in: Europäische Sicherheit und Technik, August 2014, S. 13.
- ¹³ Vgl. Major, Claudia: Der NATO-Gipfel 2014 im Schatten der Ukraine-Krise, SWP-Aktuell 51/2014.
- ¹⁴ Kujat, Harald: Wenn der Säbel rasselt, in: Focus, 9.7.2016, S. 57.

- ¹⁵ Vgl. § 40 des Schlusskommuniqués des Warschauer Gipfels, http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm?selectedLocale=en, Stand: 13.7.2016.
- ¹⁶ Vgl. § 93 des Schlusskommuniqués des Warschauer Gipfels, http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm?selectedLocale=en, Stand: 13.7.2016; vgl. auch Stabenow, Michael: Die NATO nimmt den Süden und Südosten ins Visier, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.7.2016.
- ¹⁷ Stabenow: Die NATO nimmt den Süden und Südosten ins Visier.
- ¹⁸ Vgl. § 96 des Schlusskommuniqués des Warschauer Gipfels, http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm?selectedLocale=en, Stand: 13.7.2016; vgl. auch Stabenow: Die NATO nimmt den Süden und Südosten ins Visier.
- ¹⁹ Vgl. etwa Sandvik, Havard: Nägel mit Köpfen machen. Ergebnisse NATO-Gipfel in Warschau, <https://www.freiheit.org/content/nato-gipfel-warschau-0>, Stand: 14.7.2016.
- ²⁰ Ruesch, Andreas: Von einer Krise zur nächsten, in: Neue Zürcher Zeitung, 11.7.2016.
- ²¹ Wales Summit Declaration, § 2, http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_112964.htm, Stand: 7.7.2016.
- ²² Vgl. Major, Claudia / Rathke, Jeffrey: NATO Needs Deterrence and Dialogue, SWP Comments 18, April 2016.
- ²³ Shlapak, David A. / Johnson, Michael W.: Reinforcing Deterrence on NATO's Eastern Flank. Wargaming the Defense of the Baltics, RAND Corporation Research Paper RR-1253-A, 2016, S. 1.
- ²⁴ Ebd., S. 2.
- ²⁵ Demgegenüber argumentiert Bruno Lezzi unter dem Titel „Nährboden für alte Denkmuster“, dass in der NATO-Strategie gegenüber Russland die rein militärischen Gesichtspunkte dominierten. Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 16./17.7.2016.
- ²⁶ Vgl. NATO's summit: Trip-wire deterrence, in: The Economist, 2.7.2016, S. 26.
- ²⁷ Vgl. § 15 des Schlusskommuniqués des Warschauer Gipfels, http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm?selectedLocale=en, Stand: 13.7. 2016.

Autor

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in München; er lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg.